

E 54-NR/XXI. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 1. Februar 2001

betreffend illegaler Medikamenteneinsatz in der Tierhaltung

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene im Sinne eines vorbeugenden Konsumentenschutzes für ein generelles Verbot des vorbeugenden Einsatzes von antibiotischen Leistungsförderern weiterhin einzusetzen.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch die Schaffung einer Agentur für Ernährungssicherheit den Kontrollnotwendigkeiten Rechnung zu tragen um damit in der bäuerlichen Qualitätsproduktion sowie in den vor- und nachgelagerten Bereichen der Lebensmittelproduktion ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten. Das Vertrauen der Konsumenten ist Voraussetzung für den Absatz hochwertiger Agrarprodukte und muß daher oberste Priorität genießen.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert Maßnahmen zu treffen, die nicht nur die Verwendung illegaler Medikamente und Hormone in der Tierzucht sondern auch bereits den Besitz unter Strafe stellt.
4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für eine unbefristete Verlängerung des generellen Tiermehlverfütterungsverbotes in der Europäischen Union über den 30.6.2001 hinaus einzusetzen. Sollte dafür in den zuständigen EU-Gremien keine Mehrheit gefunden werden, müssen entsprechende Maßnahmen auf nationaler Ebene getroffen werden.